

Erstausgabe täglich vormals Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25

Berliner Volks-Zeitung mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Haupt-Expedition: SW. Fernsprecher Straße 46/49. Telefon: Amt 1, Nr. 1041-1048. Adressen: Brunsen, 41, Rottweilstr. 1, Wilmersd. 1-8, Pöhlmannstr. 2, Wöhrle, 27, am Köpenicker, Rottweil, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Als unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chief-Redakteur: Karl Volkmar, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf-Mohr, Berlin SW.

Der Konfessionsliberalismus.

Aus Mecklenburg schreibt man uns: Seit einiger Zeit sind unsere Konfessionsliberalen dabei, Interessen zu einer Petition an die beiderseitigen Landesparlamente zu sammeln, die auf Einführung der Regierungsvorlage als Verfassung abzielt. Dieser Bewegung haben sich nun auch die liberalen Reichstagsabgeordneten Graf v. Balthasar, Dr. Paschke und der holländisch nach langwieriger Suche angeheiratete, die in einem Brief anfordern, die Petitionsbewegung „mit aller Kraft“ zu fördern.

Es soll dadurch ein Zwist in den Reihen der Liberalen, der schon ausgedehnt drohte, vermieden werden. Durch eine impulsive Kundgebung sollen die beiden Parteien zu der Überzeugung gebracht werden, daß diejenigen, die behaupten, die Mehrheit des Volkes wolle durchaus keine Verfassung, und sich in den mittelalterlichen Zuständen wohl, im Unrecht sind.

Die Petition aber erfüllt die wirklich Liberalen durchaus nicht mit Begeisterung, da eine Verfassung in Anlehnung an die Regierungsvorlage nicht entwicklungs-fähig ist, auch keinen Bruch mit dem ständischen Prinzip bedeutet, daher die Majorität der Mittel- und der mit ihr verbundenen Minorität nicht lahm legt. In diesem Sinne erklärte einstimmig die im vorigen Mai in Schwerin abgehaltene Versammlung, zu der liberale Vertreter aus dem ganzen Lande erschienen waren.

Und nun plötzlich die Propaganda für die Regierungsvorlage! Das bedeutet einen traurigen Sieg der Konfessionsliberalen. Die Konfessionsliberalen dürfen sich freilich nicht beklagen. Warum waren sie nicht allseitig bei der Arbeit, die sie jetzt machen, als die Konfessionsliberalen die Petitionsbogen in Umlauf gesetzt hatten?

Den Vorwurf der Rücksichtlosigkeiten mit ihrer Schwärmerei für die Regierungsvorlage glaubten die Konfessionsliberalen beiderseits nicht mehr einholen zu können, daher empfehlen sie jetzt mit süßlicher Gestalt die früher von ihnen verworfene Vorlage, die wegen der darin enthaltenen Bestimmungen die Einführung der Verfassung völlig ausschließt. Damit kann man keine großen moralischen Überzeugungen machen.

Tschechisch und deutsch.

Das neue österreichische Sprachenrecht. Die Wiener „Neue Freie Presse“ ist in der Lage, folgende Mitteilungen aus dem Geheimeamt zu veröffentlichen, dessen Grundzüge die Regierung der Sprachenangelegenheitenkommission vorgelegt wird.

Im großen und ganzen wird an der bisherigen Zusammenfassung der Geschichtszeit festgehalten. Aus dem Grundgesetz der nationaler Zusammenfassung wird nicht festgehalten. Es wird eine Zusammenfassung gemacht in vier Sprachen und gemeinschaftlichen Angelegenheiten. Die Eintragspflicht richtet sich nach der überwiegenden Anzahl der im Gerichtsbezirk wohnenden Nationalität. Auf diese Art und Weise gelangt man zu 122 tschechischen, 81 deutschen und 21 gemeinschaftlichen Gerichtsbezirken, was nach die Sprache der Angehörigen kommen, die sämtlich als gemeinschaftliche bezeichnet werden.

In den Angelegenheiten der den gemeinschaftlichen Angelegenheiten unter anderen rein deutsche Orte, wie Prag, Brünn, Landstrau, Böhmisches Prag und Bergreichenstein gehören. Der Sprachgebrauch der nationalen Angelegenheiten ist auch in diesem Sprachenrecht nicht wenig getragen. Die Sprache der Angehörigen soll auch die Amtssprache aller übrigen landesrechtlichen Behörden sein, mit Ausnahme des Kaiser-, Hof- und Reichshofrats, für die eigene Bestimmungen getroffen werden sollen.

Die Bestimmungen über die Förderung des Sprachgebrauchs der Behörden sind im wesentlichen folgende: Die eintragspflichtigen Behörden brauchen im äußeren Dienstverkehr, das ist im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den Parteien die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung. Schriftliche Eingaben können auch in der anderen Sprache überlassen werden. Die Behörden sind im äußeren Dienstverkehr der Sprache der schriftlichen Eingabe oder des mündlichen Wortes, in dieser Sprache haben sämtliche Amtshandlungen vor sich zu gehen. Die zwei-sprachigen Behörden gebrauchen in Parteifachen die im äußeren Dienstverkehr angewandte Sprache, in allen übrigen Angelegenheiten die den Bestimmungen des Sprachengesetzes entsprechende Sprache und im Verkehr mit eintragspflichtigen Behörden den tschechischen. Im Verkehr mit den Behörden außerhalb Böhmens ist die deutsche Sprache anzuwenden. Dies gilt insbesondere im Verkehr der Länder untereinander und mit den Zentralstellen.

Das österreichisch-türkische Abkommen.

Aus London meldet uns ein Telegramm: Die „Times“ meldete uns konstantinopel über das österreichisch-türkische Abkommen folgende Einzelheiten: Die Verständigung Österreichs auf seine Rechte und Beiträge im Sandjak; Artikel 2 bezieht sich mit der Nationalitätfrage; Artikel 3 bezieht sich auf die österreichische Regierung, innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen, von Datum der Ratifikation des Vertrages abgerechnet, der türkischen Regierung eine unabhängige von 2 1/2 Millionen Pfund auszugeben. In

Artikel 5 verpflichtet sich Österreich, einen Handelsvertrag mit der Türkei abzuschließen, dessen Bestimmungen später vereinbart werden. Artikel 6 betrifft die Abfassung der österreichischen Postanstalten in der Türkei, in Artikel 7 erklärt sich Österreich bereit, die Türkei auf der Balkanfront zu unterstützen. Der Wortlaut des Artikel 8 und 9 ist nicht bekannt, jedoch glaubt man, daß der eine sich mit dem österreichischen Verzicht auf den Schutz der Arabkolonien in Albanien und der andere sich mit Formalitäten der Unterhandlungen beschäftigt.

Der Marokkoeffekt Der französischen Regierung.

Mit einem glänzenden Vertrauensvotum für die Regierung schloß gestern, wie wir schon kurz gemeldet haben, die Marokkodebatte in der französischen Deputiertenkammer. Vor der Abstimmung verteilte noch der Minister des Auswärtigen sich den Standpunkt der Regierung gegenüber Jaurès und den Nationalisten. Ueber seine Rede wird noch aus Paris gemeldet:

Minister Bidon erklärte sich als Anhänger des Schiedsgerichts, das dem fürzlich der gesandten in dem Verhandlungsausschuss tagte. In Bezug auf Marokko sagte er, die Regierung habe diese Politik niemals geändert, Frankreich habe mit der Marokko in Marokko ein Ende gemacht und sei von dem Opfer zurückgeführt, um im Verein mit Spanien sein Mandat zu erfüllen. Die Annahmen über die algerische Grenze seien durchgehört worden. Die Lage in Algerien sei getrübt durch die Wüste, die sich gegen die europäischen Völker zu wenden, was zu den Verhandlungen der Ägypten und Marokko geführt sein sollte. Bidon fuhr fort: Der General Requinat, der sich auf Einladung des Sultans Marokko nach Fez begibt, hat die Aufgabe, die besonderen Interessen Frankreichs, die sich aus seiner geographischen Lage ergeben, wahrzunehmen und sich im Rahmen der Ägypten und Marokko zu verhalten. Alle Maßnahmen für eine allmähliche Räumung des Sahara-gebietes, deren Zeit von Marokko abhängig, sind getroffen. Die Politik Frankreichs in Marokko sei die überall friedlich, Europa erkenne einmütig die wirksame Mitwirkung an, die Frankreich dem Werte der Friedenspolitik leiste.

Er habe das große Vertrauen in die Kurze der Haltung der europäischen Völker in Bezug auf die Verhandlungen der Ägypten und Marokko. Seine Regierung sei von gegenseitigen Gefühlen befreit. Seine besondere Aufgabe brachte Bidon den Fremden und Verbündeten Frankreichs dar, und zwar England, das stets den Beweis seiner treulichen Bestrebungen gegeben habe, und Rußland, das niemals aufgehört habe, mit Frankreich im Einverständnis zu sein.

Im Schluß hat der Minister die Kammer um ihr Vertrauen (Rechts) beifall links und im Zentrum.

Dieses Wortlaut wurde, wie bekannt, ausgesprochen. Die meisten Marokko-Beiträger äußerten, wie ein Telegramm weiter meldet, die Marokkodebatte ziemlich günstig.

Auf falschem Wege.

Ein Franzose über die Eingeborenepolitik.

Im Oberhofsaal der Willhalmstraße sprach gestern Abend auf Einladung der Deutschen Kolonialgesellschaft ein französischer Deputierter und Kolonialpolitiker über die „Eingeborenepolitik“. Es ist nicht das erste Mal, daß ein französischer Staatsmann über koloniale Fragen redet. Im März 1907 hatte Vicen Hubert den Anfang gemacht, und der Deutsche Graf v. Helldorf verbandte sich, indem er als Vertreter der Deutschen Kolonialgesellschaft vor der Ägypten Kolonialgesellschaft in Paris einen Vortrag hielt.

In dem gestrigen Vortrag des Deputierten Joseph Chaillet hatte sich ein zahlreiches geladenes Publikum eingefunden. Neben Parlamentariern bemerkte man viele Soldatentruppen- und Marineoffiziere. Die anwesenden Staatssekretäre Fernberg und Krawatz unterhielten sich vor Eröffnung der Versammlung lebhaft mit dem französischen Vorkolonialminister de Verdun.

In Vertretung des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herrgott Johann Albrecht in Mecklenburg begrüßte der Vizepräsident Vorkolonialminister A. D. v. Solle den französischen Gast, der durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf kolonialen Gebiet und als Mitbegründer des Instituts Colonial International auch den deutschen Kolonialfreunden kein Fremder ist.

Der Redner legte seinem Vortrage folgende Fragen zugrunde: 1. Kann man in tropischen Ländern eine europäische Kolonialpolitik aufrechterhalten und festhalten? 2. Kann diese Frage dahin gelöst werden, zwischen der Eingeborenen Bevölkerung anzupflanzeln, die ihre deren Unterstützung sichern und dabei dem Europäer die Führung erhalten?

Herr Chaillet wies in seinem interessanten, mit wichtigen Bemerkungen gesägten Vortrag darauf hin, daß gerade Frankreich seit Ägypten bis zur Revolution eine Eingeborenepolitik im Sinne der ersten Frage verfolgt habe im Gegensatz zu anderen kolonialreichen Mächten. Diese Art der französischen Eingeborenepolitik habe keinen Erfolg gehabt, und der Redner bezweifelte auch, daß die Deutschen in dieser Richtung zu besseren Resultaten kommen würden. Selbst bei einem Höhenflug könne man nicht davon denken, eine größere Anzahl von Europäern in tropischen Ländern festzusetzen, und zwar als folgenden Gründen: Erstlich die wenigere reichen Europäer würden in tropischen Kolonien keine untergeordneten Stellen einnehmen, sondern Sandstoffer werden wollen, und wenn es ihnen nicht gelänge, würde die Einwanderung aufhören. Europa sei auch durch die schnellen Kampferverbindungen so nahe getrieben, daß die Kolonien bald wieder von Europa angegangen werden. Die hohen Stände der Welt sind nicht in der Lage, die kolonialen Unternehmungen anzubahnen, weil man die

meisten kolonialen Produkte wie Ginn, Zucker, Amstoff und wahrscheinlich auch bald den Kaustisch in Europa herstellen könne. Es sei auch ungewiß, ob unter den Tropen der Europäer sich seine Fortpflanzungsfähigkeit durch mehrere Generationen erhält. Das Beispiel Japas sei zweifelhaft. Selbst wenn man die deutsche Rasse unter den Tropen freisetzen wollte, würde die Schwarzen nicht lange unter ihrer Herrschaft bleiben. Auch die übrigen Kolonialmächte würden bald die Erfahrung machen, daß die unabhängigen Völker, selbst die Schwarzen, sich nicht mit der untergeordneten Rolle des Arbeiters für die europäischen Kolonialisationen zufrieden geben. So kam der Redner aus seiner persönlichen Überzeugung heraus zu einer Berechnung der von ihm seinem Vortrag vorangestellten. Mit dem Punkt an den Referenten verfuhr, meinte er lächelnd, auch Deutschland gehe dabei nicht los.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Dr. v. Helldorf fuhr in seinem Schlusswort aus, wenn Deutschland eine allmähliche Eingeborenepolitik treibe, so sei das auf die Jugend der deutschen Kolonialpolitik zurückzuführen. Mit dem Punkt an den Referenten verfuhr, meinte er lächelnd, auch Deutschland gehe dabei nicht los.

Eine russische Flotte.

Wie aus Petersburg telegraphisch wird, hat der Zar das vom Minister des Inneren unterbreitete Gesuch des altrussischen Nevoltsch genehmigt, eine allrussische Flotte zu schaffen zur Schaffung einer russischen Flotte, die den Staaten des Nordens entsprechend in Kriegszwecken in die Verwaltung des Krieges- und Marinevertrages übergehen und zur Landesverteidigung dienen soll.

Rußland und England in Persien.

Aus Petersburg meldet ein Telegramm: In den letzten Tagen telegraphierten Petersburger Korrespondenten ausländischer Blätter ihren Redaktionen verschiedene russische Blätter entnommene Einzelheiten betreffend eine gemeinsame Aktion Rußlands und Englands in den persischen Angelegenheiten, wobei sie darauf hinwiesen, daß diese Mitteilungen einen offiziellen Charakter trügen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist ermächtigt zu erklären, daß hier weder offiziell noch andere Mitteilungen gemacht worden sind.

Wie ferner das russische Bureau in London erklärt, ist die Meinung Englands über eine persischen Flotte nicht richtig. Die Regierung sei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß gewisse Vorschläge über Reformen in Persien von Rußland schriftlich niedergelegt worden sind. In London habe man diese aber noch nicht erhalten. Die Vorschläge seien bereit, daß sie eine Intervention unmöglich machten.

Der Feldzug gegen Roosevelt.

Aus Washington wird gemeldet: Als gestern im Kapitol im Hause der Abgeordneten Willcutt sich in den heftigsten Schimpfworten gegen den Präsidenten Roosevelt erging, beschloß das Haus mit 126 gegen 78 Stimmen, Willcutt das Wort zu entziehen.

Sürst Bülow im Abgeordnetenhanse.

15. Sitzung vom 19. Januar. Am Ministerische: Freiherr v. Rheinbaben, Berlin S. Bach, Weseler.

Erste Lesung des Etats.

Herr Dr. Diemer (freil. P.): Wir setzen uns einer schweren Aufgabe. Der Etat weist sechs Beträge auf auf alle Seiten. Außerdem spricht der Finanzminister etwas Sparmaßregeln getroffen zu haben, um Entlastung für die neuen Steuern zu machen. An der letzten allgemeinen Wirtschaftliche hat die Jollistelle ihr gut zu Land. Ihre der Beschuldigung hat Rechte von unterer Jollistelle. Die Beamten sind in ihrer Agitation mitunter zu weit gegangen. Das hat aber keine Ursache darin, daß die berechneten Forderungen der Beamten solange unverbessert verhallt sind. Ministerpräsident Herr Bülow tritt den Satz: Wenn das Reich auf die in der letzten Steuern befreit wird so sind die Beamten für das Bestehen kommen der Reichsfinanzreform minimal. (Sehr richtig! links.) Für unsere Mitwirkung an der Reichsfinanzreform ist unabweisliche Voraussetzung, daß durch die letzte Steuern die besten Kräfte der Reichsfinanzreform herangezogen werden. Von dieser Forderung werden wir nicht abgehen. (Zustimmung links.)

Der Defizitismus des Finanzministers

Bei Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist übertrieben. Ich halte es mit dem Finanzminister und vertrete, daß wir in unserer Wirtschaftslage gut dastehen, daß wieder verbessert kommen werden. Mit der Bilanz zum Jahresende sind wir einverstanden. Wenn man über die Regierung nicht selbst? Was bedeutet das? Was sollen wir mit den völlig überflüssigen Ansatzen der Wirtschaft? Was dient der veraltete Statistiken? Was die Ausgaben für unnotigen Luxus und schließlich die Repräsentation der Beamten müssen vermieden werden. Aus dem Satz ist zu erhellen, daß in der letzten Etat, die Herr Reichsminister befreit die Schuldhaftigkeit wächst. (Recht! links.) Dort soll an den Anfang ein Wettbewerb angebahnt werden. Das kostet erhebliches Geld, vollständig wird uns Herr Reichsminister nicht vor, daß dieses Minus der Schuldhaftigkeit in seiner Bilanz auf die Wirtschaft zurückzuführen ist. (Recht! links.)

Die Reform des höheren Mädchenschulwesens begrüßen wir als einen ersten Schritt. Im Ministerium des Inneren bemerken wir die Einheitspflicht. Das haben wir besonders empfunden bei der

Angelegenheit des Bürgermeisters Schilling aus Gilm. (Recht! rechts.) Herr Reichsminister, daß auch Sie diesen Fall für etwas wichtig halten wie wir. (Zustimmung rechts.) Herr Reichsminister, daß Sie mit, zu verstehen, Sie zu unserer Unterstützung zu stehen.





